

## **Steinerschulen im Dialog mit dem Kanton**

Anfang Jahr waren Gemeinden, Parteien und Verbände im Kanton Bern eingeladen, sich im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens zu einem Vorschlag für eine erneute Revision des Volksschulgesetzes (VSG) zu äussern. Zur Erinnerung: Anlässlich der letzten VSG-Revision war die gesetzliche Grundlage geschaffen worden, die Kantonsbeiträge an die Steinerschulen ermöglicht. Die Interessengemeinschaft der Rudolf Steiner Schulen des Kantons Bern (IG) hat auch zum neuen Revisionsvorschlag eine detaillierte Stellungnahme eingereicht. Sie wurde von der IG-Arbeitsgruppe Bildungspolitik erarbeitet. Interessierte finden sie auf der Website der IG ([www.steinerschulen-regionbern.ch](http://www.steinerschulen-regionbern.ch)) oder können sie auch beim Verfasser dieses Beitrags beziehen.

## **Staatsbeiträge auch für Kindergärtler?**

Auf zwei Elemente der Stellungnahme sei an dieser Stelle kurz hingewiesen: Zum einen wird die neue VSG-Revision den Kindergarten gemäss HarmoS-Konkordat zu einem Teil der Volksschule machen. Diese Anpassung hat – auch wenn dies im Revisionsvorschlag nicht ausdrücklich festgehalten wird – eigentlich zur Folge, dass es Kantonsbeiträge künftig nicht nur für die Volksschülerinnen und Volksschüler (1. bis 9. Schuljahr), sondern auch für die Kindergarten-Kinder geben sollte.

Zum andern hat die IG die Vernehmlassung genutzt, um ein altes Anliegen der Steinerschule in Erinnerung zu rufen: Kinder mit besonderen Bedürfnissen, die in der staatlichen Schule im Rahmen von Speziallektionen (beispielsweise wegen Legasthenie oder durch Heilpädagogik) individuell gefördert werden, sollten den Anspruch darauf nicht verlieren, wenn sie an eine Steinerschule bzw. an eine andere Privatschule wechseln. Mit dem gleichen Anliegen sind in der letzten Zeit auch die beiden Stadtberner Privatschulen Campus Muristalden und NMS an die Bildungsbehörden von Stadt und Kanton gelangt.

## **Gemeinsam mit andern Privatschulen aktiv**

Die Leitungen der beiden Schulen und eine Vertretung der Steinerschulen haben anlässlich ihrer regelmässigen Zusammenkünfte – „Runder Tisch“ genannt – beschlossen, gemeinsam beim Kanton vorstellig zu werden. Sie haben noch vor dem Start der Vernehmlassung zur neuen VSG-Revision das Anliegen in einem Brief an Erziehungsdirektor Bernhard Pulver dargelegt. Daraufhin wurde eine Delegation zu einem Gespräch auf der Erziehungsdirektion empfangen. Bei dieser Gelegenheit legte Steinerschul-Vertreter Richard Begbie dar, dass die Rechtsordnungen anderer Kantone, ein Rechtsgutachten aus Zürich und ein neuer Verwaltungsgerichtsentscheid aus Chur für eine staatliche Unterstützung des Förderunterrichts einzelner Kinder sprechen – unabhängig davon, ob sie eine staatliche oder eine private Schule besuchen.

Wie dieser individuelle Anspruch auf benötigte Förderung im Kanton Bern eingeführt werden könnte, haben die gemeinsam engagierten Schulen in ihrer Eingabe und in ihren Vernehmlassungen offen gelassen: Entweder könnte eine Praxisänderung erfolgen, gestützt auf eine Änderung der entsprechenden Verordnung des Regierungsrates. Oder dann könnte, beispielsweise im Rahmen der eingeleiteten VSG-Revision, eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

In seinem Antwortschreiben von Mitte März hat der Erziehungsdirektor bekräftigt, dass er keine rechtliche Grundlage zur finanziellen Unterstützung des Förderunterrichts an Privatschulen sieht. Hingegen könne der Kanton in Einzelfällen die Kosten von pädagogisch-therapeutischen

Massnahmen übernehmen, die aufgrund der Verordnung über die Sonderschulung von invaliden Kindern und Jugendlichen angezeigt seien.

Wie es nach der enttäuschenden Antwort der Erziehungsdirektion weitergehen soll, wird die IG der bernischen Steinerschulen zusammen mit den grossen Stadtberner Privatschulen im Rahmen des „Runden Tisches“ beraten und zu gegebener Zeit wieder informieren. In diesem Sinne hat Richard Begbie auf die Antwort des Erziehungsdirektors im Namen der IG reagiert und ein Dranbleiben angekündigt: Die Steinerschulen wollten „den Integrationsgedanken weiterhin hochhalten und gerne versuchen, den inklusiven Unterricht kreativ und initiativ weiterzuentwickeln“.

Bruno Vanoni, Leiter Arbeitsgruppe  
Bildungspolitik der IG Steinerschulen Kanton Bern